

MUSTERKLAUSUR 2024

Achten Sie bitte auf eine übersichtliche und gut lesbare Darstellung der Lösung. Der markierte rechte Rand ist freizulassen.

**!! Bitte beachten Sie, dass sowohl der
Aufgaben- als auch der Lösungsteil dieser Klausur
abzugeben sind!!**

TEIL I

Steuerrecht 33 Punkte

1. Sachverhalt (24,0 Punkte):

Der Arbeitgeber Florian Fischer (AG) ist Inhaber der Florian Fischer Elektrotechnik GmbH in Lübeck.

Der Arbeitnehmer Guido Gartmann (AN), ledig, 36 Jahre alt, wurde zum 1. Dezember 2023 als Elektrotechniker eingestellt. Sein monatlicher Bruttolohn beträgt 4.500,00 EUR. AN ist in die Lohnsteuerklasse I eingereiht.

a) Definition Arbeitslohn (1,0 Punkte)

Definieren Sie den Begriff Arbeitslohn und geben Sie die Höhe an.

b) PKW – Gestellung für Privatfahrten und Fahrten zwischen Wohnung und 1. Tätigkeitsstätte, Auswärtstätigkeit, Pauschalversteuerung (18,0 Punkte)

AG stellt AN zusätzlich zum geschuldeten Arbeitslohn einen neuen PKW „ID.4“ (Verbrauch: 18 kWh/100 km, CO₂ Emissionen 0g/km) für seine Fahrten zur Verfügung. Dieses Fahrzeug hat eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von sechs Jahren und wurde von AG im November 2023 für 45.900,00 EUR zuzüglich 8.721,00 EUR USt = 54.621,00 EUR angeschafft. AN erhält den PKW am 1. Dezember 2023 in Lübeck.

Der Listenpreis beträgt 51.000,00 EUR zuzüglich 9.690,00 EUR USt = 60.690,00 EUR. AN wurde von AG vertraglich zugesichert, dass er das Fahrzeug auch privat nutzen

darf. AN hat vertraglich die Verpflichtung, den PKW zu Hause in einer Garage unterzustellen. Die Kosten (monatlich 80,00 EUR) hat AN zu tragen.

Ein Fahrtenbuch wurde nicht geführt. AG hat lediglich die Fahrten von zu Hause in Bad Oldesloe zum Büro in Lübeck und zurück unter Angabe des jeweiligen Datums einzeln wie folgt aufgezeichnet: Im Dezember 2023 insgesamt 9 Fahrten (eine Rückfahrt am 1. Dezember 2023 und vier Hin- und Rückfahrten am 8., 15., 22. und 29. Dezember 2023). Diese Aufzeichnungen hat AN dem AG für Dezember vorgelegt.

Am 1. Dezember 2023 wurde AN von einem Freund morgens mit dessen PKW nach Lübeck gebracht.

AN ist montags bis donnerstags mit der Installation, Wartung und Reparatur von Systemen, Anlagen und Geräten beschäftigt. AN übernimmt freitags Vertriebsaufgaben.

Montags - donnerstags fährt AN direkt von zu Hause von 7.00 bis 16.00 Uhr zu seinen Kunden und arbeitet dort vor Ort. AN fährt nur freitags ins Büro nach Lübeck. Alle weiteren Tätigkeiten organisiert AN telefonisch oder online. AN wohnt 28,6 km entfernt (kürzeste Wegstrecke) von Lübeck in Bad Oldesloe, fährt jedoch aus Gründen der Zeitersparnis von 15 Minuten jeweils 35,0 statt 28,6 km. Am 30. November 2023 wird von AG (zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn) unentgeltlich eine Ladevorrichtung (Kosten 2.000,00 EUR brutto) zu Hause bei AN installiert, um den Firmenwagen direkt ab 1. Dezember 2023 aufladen zu können. AN wird dadurch Eigentümer der Vorrichtung. AN entstehen im Dezember 2023 durch die Nutzung der Ladevorrichtung des Firmenwagens monatliche Stromkosten in Höhe von 200,00 EUR, die vom AG nur in Höhe von 150,00 EUR erstattet werden. AN darf jederzeit, nicht nur freitags, die betriebliche Ladestation auf dem Betriebsgelände bei AG in Lübeck nutzen.

Aufgabenstellung/Lösungshinweise:

Nehmen Sie ausführlich unter Angabe der maßgeblichen Gesetzesbestimmungen, Rechtsverordnungen und, falls erforderlich, der Verwaltungsanweisungen Stellung. Evtl. Nichtansätze sind zu begründen. Annexsteuern sind nicht zu berechnen.

Der Arbeitsplatz in Lübeck freitags wird als erste Tätigkeitsstätte anerkannt.

Es soll das **lohnsteuerlich günstigste Ergebnis** für den AN errechnet werden.

AG möchte von etwaigen **Pauschalierungsmöglichkeiten** Gebrauch machen. Etwaige Pauschalsteuern **sind zu berechnen**.

c) Verpflegung (5,0 Punkte)

AG zahlt AN für dessen Auswärtstätigkeit täglich 18,00 EUR Verpflegungsmehraufwand. Im Dezember 2023 war AN an 14 Tagen von 7.00 – 16.00 Uhr auswärts tätig.

Aufgabenstellung/Lösungshinweise:

Nehmen Sie unter Angabe der maßgeblichen Gesetzesbestimmungen, Rechtsverordnungen und, falls erforderlich, der Verwaltungsanweisungen Stellung. Nichtansätze sind zu begründen.

2. Sachverhalt: (9,0 Punkte)

Bodo Berg (AN) wurde zum 1. Juli 2023 als Näher bei dem Segelhersteller Segel-Raab eingestellt. Sein monatlicher Bruttolohn beträgt 3.500,00 EUR. AN ist am 23. Dezember 1995 geboren und in die Lohnsteuerklasse III eingereiht, da er mit Hanna Berg (HB) verheiratet ist.

a) Definition Arbeitslohn (1,0 Punkte)

Ermitteln Sie den für die Monate **Juli - Dezember 2023** anzusetzenden steuerpflichtigen Arbeitslohn für AN.

b) Geburtstage im Dezember (4,0 Punkte)

Kurz vor Weihnachten erhält AN am 22. Dezember 2023 von Ralf Raab (AG) zwei Kartons. Ein Karton für ANs Geburtstag enthält Pralinen im Wert von 17,80 EUR und 6 Flaschen Rotwein im Wert von 42,00 EUR; der zweite Karton beinhaltet Räucherlachs im Wert von 35,00 EUR. Diesen zweiten Karton soll AN aber erst am 25. Dezember 2023 seiner Frau zum Geburtstag übergeben. Die Werte stellen die im Internet günstigsten ermittelten Preise dar.

Aufgabenstellung/Lösungshinweise:

Nehmen Sie unter Angabe der maßgeblichen Gesetzesbestimmungen, Rechtsverordnungen und, falls erforderlich, der Verwaltungsanweisungen Stellung. Nichtansätze sind zu begründen.

Ermitteln Sie die sich aus den Sachverhalten ergebenden geldwerten Vorteile. Gehen Sie auf etwaige Steuerbefreiungen ein und berechnen Sie etwaige steuerfreie Zuschüsse.

Es soll das **lohnsteuerlich günstigste Ergebnis** für AN errechnet werden.

AG möchte von etwaigen **Pauschalierungsmöglichkeiten keinen Gebrauch machen.**

c) Handygestellung (4,0 Punkte)

AG überlässt AN am 1. Oktober 2023 ein neues Handy (Anschaffungskosten 950,00 Euro inkl. USt) mit Ladegerät (Anschaffungskosten 25,00 Euro inkl. USt) und Handy-Hülle (Anschaffungskosten 25,00 Euro inkl. USt) zur betrieblichen und privaten Nutzung. Außerdem übernimmt AG die monatliche Handyflatrate in Höhe von 12,99 Euro, die AN als Vertragsinhaber bei Blau.de zahlt.

Aufgabenstellung/Lösungshinweise:

Nehmen Sie unter Angabe der maßgeblichen Gesetzesbestimmungen, Rechtsverordnungen und, falls erforderlich, der Verwaltungsanweisungen Stellung. Nichtansätze sind zu begründen.

Ermitteln Sie die sich aus den Sachverhalten ergebenden geldwerten Vorteile. Gehen Sie auf etwaige Steuerbefreiungen ein und berechnen Sie etwaige steuerfreie Zuschüsse.

Es soll das **lohnsteuerlich günstigste Ergebnis** für AN errechnet werden.

AG möchte von etwaigen **Pauschalierungsmöglichkeiten** keinen Gebrauch machen.

Etwaige lohnsteuerliche Auswirkungen sind in seinem Bruttoarbeitslohn noch nicht berücksichtigt.

1. Sachverhalt (15,0 Punkte): Versicherungspflicht in der Krankenversicherung

Petra Fleißig (AN) ist Angestellte (Beschäftigung im Sinne der Sozialversicherung nach § 7 Abs. 1 SGB IV) in einem mittelständischen Unternehmen (Rechtskreis West). Aufgrund ihrer guten Arbeit hat sie im August 2023 eine Gehaltserhöhung erhalten. Damit will der Arbeitgeber ihre gute und zuverlässige Arbeit honorieren und gleichzeitig das seit Jahren weggefallene Weihnachtsgeld ausgleichen.

Seit einigen Monaten muss AN ihre erkrankte Mutter unterstützen. Leider muss sich die Mutter Anfang nächsten Jahres einer Operation unterziehen und ist danach auf Hilfe im Haushalt angewiesen. AN hat daher bei ihrem Arbeitgeber im Dezember 2023 Brückenteilzeit beantragt und will ab Februar 2024 nur noch 30 Stunden in der Woche arbeiten. Die Teilzeit ist auf zwei Jahre befristet. Der Arbeitgeber hat dieser bereits zugestimmt und unterstützt AN bei der Pflege ihrer Mutter.

AN war bisher nicht privat krankenversichert und ist aktuell bei einer Ersatzkasse versichert.

Aufgabenstellung:

- a) Welche Auswirkungen hat die Gehaltserhöhung im August 2023 auf den versicherungsrechtlichen Status in der Krankenversicherung?
- b) Prüfen Sie den versicherungsrechtlichen Status erneut zum 1. Januar 2024 und stellen Sie die Versicherungspflicht bzw. Versicherungsfreiheit in der Krankenversicherung fest.

Bitte nennen Sie jeweils unter a) und b) die gesetzlichen Vorschriften.

Lösungshinweise:

Nachfolgende Gehaltszahlungen sind zu berücksichtigen:

Monatliches Bruttogehalt bis Juli 2023: 5.300,00 EUR/Vollzeit

Monatliches Bruttogehalt ab August 2023: 5.600,00 EUR/Vollzeit

Monatliches Bruttogehalt ab Februar 2024: 4.200,00 EUR/Teilzeit

Allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze 2023: 66.600,00 EUR

Besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze 2023: 59.850,00 EUR

Allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze 2024: 69.300,00 EUR

Besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze 2024: 62.100,00 EUR

2. Sachverhalt (11,0 Punkte): Pflegeversicherung - Nachweis Elterneigenschaft

Sabine Müller (AN) wurde im Juli 2023 von ihrem Arbeitgeber aufgefordert, Nachweise über die Anzahl ihrer Kinder vorzulegen. Bisher hat der Arbeitgeber ein Kind bei AN aufgrund eines Kinderfreibetrags in den Lohnsteuerabzugsmerkmalen berücksichtigt. Somit wird kein Kinderlosenzuschlag erhoben.

AN weist dem Arbeitgeber im November 2023 mittels Selbstauskunft nach, dass sie zwei berücksichtigungsfähige Kinder hat. Davon ist ein Kind ihr leibliches Kind und das zweite Kind ihre Stieftochter aus der Ehe mit ihrem Mann. Beide Kinder haben das 25. Lebensjahr nicht vollendet und leben im gemeinsamen Haushalt von AN.

Aufgabenstellung:

- a) Welche Nachweismöglichkeiten können Arbeitgeber nutzen, um sich von ihren Arbeitnehmern die Anzahl der Kinder mitteilen zu lassen?
- b) Ab wann ist bei AN der Kinderlosenzuschlag bzw. Beitragsabschlag zu berücksichtigen?

Bitte nennen Sie jeweils die gesetzlichen Vorschriften.

3. Sachverhalt (7,0 Punkte): Krankenkassenwahl

Die Firma Max Meyer Elektrotechnik beschäftigt seit dem 1. Oktober 2023 einen neuen Mitarbeiter. Trotz wiederholter Nachfrage hat der neue Mitarbeiter Lars Weißnix (AN) der Personalsachbearbeiterin die von ihm gewählte Krankenkasse nicht mitgeteilt. AN ist gesetzlich krankenversichert. Diese Angabe kann aus dem Personalfragebogen entnommen werden. Die Angabe zur Krankenkasse ist allerdings falsch und kann mit „Volksbank Braunschweig“ nicht verwendet werden. Trotz Nachfrage teilte er bisher die gesetzliche Krankenkasse nicht mit.

Aufgabenstellung/Lösungshinweise:

- a) Welche rechtlichen Verpflichtungen bestehen für Arbeitnehmer gegenüber ihrem Arbeitgeber bei der Angabe der gesetzlichen Krankenkasse?
- b) Welche Konsequenzen entstehen aus der fehlenden Angabe der gesetzlichen Krankenkassen und welche Pflichten hat der Arbeitgeber?

1. Sachverhalt (5,0 Punkte): Gehaltsumwandlung

Johann Götz (AN) arbeitet bei einem Automobilzulieferer (nur steuerpflichtige Umsätze) in Ingolstadt. Seit Januar 2024 können die Arbeitnehmer im Rahmen einer Gehaltsumwandlung Fahrräder bis zu einem Bruttolistenpreis von 10.000,00 EUR durch Bikeleasing privat nutzen. AN hat sich für ein Gravelbike ohne elektrische Unterstützung (Bruttolistenpreis 7.499,00 EUR) entschieden. AN arbeitet in LSt-Klasse I und hat bisher 4.500,00 EUR brutto verdient. Die Unternehmung kürzt ab Januar 2024 sein Bruttogehalt um die Leasingrate i. H. v. 182,70 EUR netto. Außerdem zahlt der Arbeitgeber gleichlaufend eine monatliche Serviceprämie für das Gravelbike in Höhe von 33,00 EUR. AN bekommt bisher keine Leistungen i. S. d. § 8 Abs. 2 S. 11 EStG.

a) (3,0 Punkte)

Ermitteln Sie das geringstmögliche steuer- und sozialversicherungspflichtige Bruttogehalt von AN im Januar 2024.

b) (1,0 Punkte)

Durch welche Einsparung kann der Arbeitgeber die Versicherungs- und Inspektionsprämie faktisch gegenfinanzieren?

c) (1,0 Punkte)

Worauf ist bei der Verbuchung des Sachbezugs in der Lohnbuchhaltung im Hinblick auf die Umsatzsteuer zu achten?

2. Sachverhalt (9,5 Punkte): Lohnpfändung

Der Mitarbeiter Sippl ist hoch verschuldet. Die Lohnabteilung der Fritsch GmbH ist mit dem Vollzug der Lohnpfändung vom Arbeitseinkommen befasst.

a) (1,5 Punkte)

Erklären Sie in diesem Zusammenhang die Begriffe:

- Gläubiger
- Schuldner
- Drittschuldner

b) (0,5 Punkte)

Aufgrund welcher rechtlichen Grundlage gehört der korrekte Vollzug der Lohnpfändung zu den Aufgaben der Lohnabrechnung?

c) (0,5 Punkte)

Der Arbeitnehmer Sippl hat mehrere Gläubiger, die einen Pfändungsbeschluss im Jahr 2023 bewirken. Warum ist die genaue Dokumentation des Zeitpunktes der Zustellung für den Arbeitgeber wichtig?

d) (6,0 Punkte)

Herr Sippl verdient im Oktober 2023 4.300,00 EUR. Er erhält außerdem monatlich eine Erschwerniszulage i. H. v. 500,00 EUR. Sippl hat folgende Lohnsteuerabzugsmerkmale: Steuerklasse III/2, r.-k.. Sein Nettolohn beträgt lt. Lohnabrechnung 3.371,82 EUR. Sein Nettolohn ohne die unpfändbaren Bezüge (Erschwerniszulage) würde 3.082,44 EUR betragen.

aa) (2,0 Punkte)

Ermitteln Sie den pfändbaren Nettolohn nach der vom Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 17. April 2013 festgelegten Nettomethode.

bb) (1,0 Punkte)

Welchen Pfändungsbetrag muss der Arbeitgeber an den berechtigten Gläubiger überweisen?

cc) (1,0 Punkte)

Wie müsste der Arbeitgeber reagieren, wenn der pfändbare Nettolohn größer als 4.298,81 EUR errechnet wird?

dd) (1,0 Punkte)

Nehmen Sie Stellung zur Pfändbarkeit einer gewährten Inflationsausgleichsprämie und der Weihnachtsgratifikation.

ee) (1,0 Punkte)

Welche Besonderheit muss der Arbeitgeber bei Unterhaltspfändungen beachten?

e) (1,0 Punkte)

Die Fritsch GmbH will gegenüber dem Arbeitnehmer Sippl aufgrund des Arbeitsaufwands durch die Lohnpfändung eine Kostenerstattung i. H. v. 1 % der Pfandsumme monatlich durchsetzen. Beurteilen Sie den Sachverhalt arbeitsrechtlich.

3. Sachverhalt (8,0 Punkte): Mutterschutz

a) (2,0 Punkte)

Die Mitarbeiterin Isabel Kreis legt eine ärztliche Bescheinigung über die voraussichtliche Entbindung am 20. September 2023 vor. Sie verdient monatlich 3.200,00 EUR. Im Juni erhält sie zusätzlich Urlaubsgeld i. H. v. 1.500,00 EUR. Bestimmen Sie monatlich genau die Bruttoentgelte, die als Basis für die Berechnung des Arbeitgeberzuschusses zum Mutterschaftsgeld verwendet werden.

b) (2,0 Punkte)

Frau Kreis hat ein fiktives Nettoarbeitsentgelt von 2.126,54 EUR jeweils im Mai und Juni 2023 und 2.135,04 EUR im Juli 2023. Ermitteln Sie den Arbeitgeberzuschuss zum Mutterschaftsgeld.

c) (1,0 Punkte)

Inwieweit sind die Sachverhalte a) und b) in der Lohnsteuerbescheinigung von Frau Kreis zu dokumentieren?

d) (2,0 Punkte)

Frau Kreis darf während des Bezugs von Mutterschaftsgeld weiterhin ihren Firmenwagen nutzen. Der geldwerte Vorteil liegt monatlich bei 295,00 EUR. Beurteilen Sie die Steuer- und Sozialversicherungspflicht (inkl. gesetzlicher Grundlage).

e) (1,0 Punkte)

Beurteilen Sie den Zuschuss des Arbeitgebers zum Mutterschaftsgeld steuer- und sozialversicherungsrechtlich unter Angabe der gesetzlichen Quellen.

4. Sachverhalt (11,5 Punkte): Entgeltzufluss

Im Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht wird zwischen laufenden Bezügen und einmalig ausgezahlten unterschieden. Für die Lohnabteilung der Fritsch GmbH ergeben sich daraus Konsequenzen.

a) (3,0 Punkte)

Beurteilen Sie die folgenden Fälle hinsichtlich des Jahres der Besteuerung und der Kategorisierung, ob ein laufender oder sonstiger Bezug vorliegt.

aa) (1,0 Punkte)

Im Juli 2024 werden aufgrund einer Tarifierhöhung rückwirkend seit Januar 2024 1.200,00 EUR nachbezahlt.

bb) (1,0 Punkte)

S. aa) aber Nachzahlung von 2.400,00 EUR Ende Januar 2025.

cc) (1,0 Punkte)

S. aa), aber Tarifierhöhung ab Juli 2024 und Auszahlung von 2.400,00 EUR im Juni 2025.

b) (2,0 Punkte)

Die Mitarbeiterin Anna Hofweber bekommt ihr Dezembergehalt 2023 und ihr Weihnachtsgeld für 2023 am 04. Januar 2024 (Tag des Überweisungsauftrags) ausbezahlt. Begründen Sie unter Angabe der gesetzlichen Quelle, zu welchen Kalenderjahren diese Arbeitslöhne gehören.

c) (1,0 Punkte)

Siehe b), aber der Tag des Überweisungsauftrages ist der 22. Januar 2024. Bitte nennen Sie ebenfalls die rechtliche Quelle.

d) (1,0 Punkte)

Nach welcher Tabelle wird die Besteuerung der Weihnachtsgratifikation in jedem Fall vorgenommen? Schildern Sie in diesem Zusammenhang, in welchen Schritten Sie dabei vorgehen müssen.

e) (1,0 Punkte)

Der Arbeitnehmer Josef Wein (Steuerklasse I/0/o.B.), gesetzlich krankenversichert, mit einem Jahresbruttoarbeitslohn von 80.000,00 EUR erhält im August 2023 eine Nachzahlung von Überstunden für das Jahr 2022. Die korrekt ermittelte Steuer auf das Jahresgehalt ohne die Überstundenvergütung beträgt 17.484,00 EUR. Mit der Überstundenvergütung liegt die Jahreslohnsteuer bei 20.548,00 EUR. Ermitteln Sie den fälligen Solidaritätszuschlag (Nullzone Steuerklasse I: 17.543,00 EUR).

f) (2,5 Punkte)

Die Mitarbeiterin Christa Jäger (dauerhafte Beschäftigung seit Januar 2020) mit einem monatlichen Gehalt von 2.950,00 EUR erhält im März 2023 eine Urlaubsabgeltung i. H. v. 6.900,00 EUR. Beurteilen Sie die sozialversicherungsrechtliche zeitliche Zuordnung (Berechnung notwendig/Beitragsbemessungsgrenzen 2023: RV/AV 7.300,00 EUR mtl., KV/PV 4.987,50 EUR mtl.).

g) (1,0 Punkte)

Der schwer erkrankte Arbeitnehmer Michael Ostermeier bezieht vom November 2022 bis Mai 2023 Krankengeld. Im April erhält er eine Erfolgsbeteiligung i. H. v. 5.000,00 EUR. Begründen Sie die sozialversicherungsrechtliche Abrechnung.